

# KANTON

Am 7. Miesere-Cup des TC Froburg standen «Doppel» im Vordergrund Seite 28



## Mehr Polizisten braucht das Land

**Kantonspolizei** Der Regierungsrat will das Korps erneut aufstocken

VON STEFAN FRECH

«Die Begeisterung wird sich in Grenzen halten», sagte Polizeidirektor Peter Gomm (SP) an der Regierungsratsitzung gestern Morgen. Er meinte damit die zu erwartende Reaktion des Parlaments auf die beantragte Aufstockung der Kantonspolizei um 18 Personen. Konkret möchte der Regierungsrat eine schrittweise Erhöhung bis ins Jahr 2014 um 14 Korpsangehörige (12 Polizisten und 2 Polizeiliche Sicherheitsassistenten) sowie 4 zivile Stellen. Das Globalbudget 2012–2014 sieht deshalb Mehrkosten von 12,3 Mio. Franken vor (4,1 Mio. Franken pro Jahr).

Bereits Ende 2008 hatte der Kantonsrat eine grössere Korpserrhöhung bewilligt, allerdings weniger umfangreich als ursprünglich beantragt. Bereits damals hielt der Regierungsrat eigentlich eine Korpserrhöhung um 50 auf 395 Pensen für notwendig. «Die damals aufgeführten Gründe haben nichts an Bedeutung verloren, sie haben teilweise sogar an Prägnanz gewonnen», heisst es jetzt im gestern vom Regierungsrat oppositionslos verabschiedeten neuen Globalbudget.

### Mehr Verkehr und Freizeit

Im Detail begründet die Kantonsregierung den Bedarf für die zusätzlichen 14 Korpsangehörigen (neu total



Auf den Solothurner Autobahnen sind immer mehr Autos unterwegs – eine zweite Polizeipatrouille soll jetzt losgeschickt werden. OLIVER MENGE

396,5 Pensen) folgendermassen:

- Fünf neue Polizisten werden für eine zusätzliche Autobahnpatrouille

benötigt: «Aufgrund des hohen Verkehrsaufkommens reicht am Nachmittag und frühen Abend eine Pat-

rouille kaum mehr aus.» Die Kantonspolizei müsse rasch intervenieren können, damit nach einem Unfall oder einer Panne möglichst schnell der Verkehrsfluss wiederhergestellt werden kann. Während der Hauptarbeiten für den 6-Spur-Ausbau auf der A1, die 2013 bis 2014 erfolgen, sei eine zusätzliche Patrouille ohnehin zwingend notwendig.

- Die zusätzliche Patrouille könne teilweise auch im Schwarzbubenland eingesetzt werden. Das reiche aber nicht aus, weshalb die Regierung einen zusätzlichen Polizisten anstellen möchte. «Mit einem leicht höheren Bestand können im Schwarzbubenland flexibel Brennpunkte bearbeitet werden.» Bisher gibt es im Schwarzbubenland nur eine Patrouille. In letzter Zeit kam es dort zu vielen Einbrüchen von «Kriminaltouristen».
- Das veränderte Konsum- und Freizeitverhalten mache drei neue Polizisten notwendig: An Freitag- und Samstagabenden würden vermehrt auch «sicherheitsrelevante Anlässe auf dem Land stattfinden».
- Drei weitere Polizisten braucht es laut Regierung, um mit den steigenden rechtlichen Anforderungen (neue Strafprozessordnung) und den neuen technischen Entwicklungen (Internetkriminalität) Schritt zu halten.

## Eng: «Kein Chaos wie im Aargau»

**Energiepolitik** Eigentlich hätte sie zur grossen Atom- und Energiesitzung werden sollen: Für die Regierungsratsitzung von gestern Dienstag waren nicht weniger als 13 Vorstösse aus dem Kantonsrat zur Zukunft der Atomenergie und erneuerbarer Energien im Kanton Solothurn traktandiert. Doch nach der Sitzung liess die Regierung mitteilen, alle 13 Geschäfte seien verschoben worden: «Verschiedene Anträge müssen noch aufeinander abgestimmt werden.»

### «Widersprüche bereinigen»

Gab es im Regierungsrat Knatsch? «Nein», erklärte Staatschreiber Andreas Eng auf Anfrage, «es handelt sich lediglich um Detailfragen, wie die Stellungnahmen zu den verschiedenen Vorstössen formuliert werden sollen.» Die Ausfertigung der Stellungnahmen sei etwas in Verzug geraten, unter anderem durch eine ernsthafte Erkrankung des – wieder genesenen – Chefs des Amts für Umwelt, Martin Würsten, der die Arbeitsgruppe zur Überarbeitung des kantonalen Energiekonzepts leitete. Darum seien in den Antworten einzelne Widersprüche vorhanden gewesen, die noch zu bereinigen seien. «Wir wollten kein Chaos wie im Aargau», meinte Eng. Im Aargau hatte der Regierungsrat zunächst überraschend Zustimmung zum Ausstiegskurs des Bundesrates bekanntgegeben, krebse danach aber zurück: Alles sei falsch verstanden worden.

Nächsten Dienstag, so Eng, werde der Verabschiedung der energiepolitischen Stellungnahmen nichts mehr entgegenstehen. Seine Grundsatzhaltung habe der Regierungsrat im Sommer im Rahmen seiner jährlichen Klausurtagung festgelegt, die dieses Jahr in Locarno stattfand und sich schwergewichtig um die Energiefrage drehte. Volkswirtschaftsdirektorin Esther Gassler hatte bereits Ende Mai den Bundesratsentscheid für einen geordneten Ausstieg aus der Kernenergie als «vernünftig» bezeichnet. Staatschreiber Andreas Eng bestätigte auch gestern, dass der Regierungsrat in dieser Frage nach wie vor der Politik des Bundesrats folge.

### KKW Niederamt definitiv begraben?

Auch wenn es der Staatschreiber nicht bestätigen kann: Dass die fünf Regierungsmitglieder (2 FDP, 2 CVP, 1 SP) zu einzelnen der Vorstösse aus dem Kantonsrat unterschiedliche Haltungen vertreten, liegt auf der Hand. So verlangt beispielsweise ein Auftrag der Fraktion SP, das Richtplanverfahren für ein neues Kernkraftwerk Niederamt (KKN) sei abzubauen. Die Grünen wollen den Regierungsrat beauftragen, sich bei der Alpiq dafür einzusetzen, dass diese ihr Gesuch für das KKN zurückzieht. Die SP verlangt eine Ständesinitiative an den Bund für die «schnellstmögliche» Abschaltung des AKW Mühleberg sowie für ein AKW-Ausstiegsgesetz. Fabian Müller (SP, Balsthal) will die Verpflichtung des Kantons, sich gegen den Bau von Kernkraftwerken auf seinem Gebiet und in seiner Nachbarschaft einzusetzen, in die Kantonsverfassung schreiben.

Andere Aufträge richten sich auf die Alternativen: So ein Auftrag Philipp Hadorn (SP, Gerlafingen) für die Festschreibung der Förderung erneuerbarer Energien in der Verfassung, oder ein Auftrag Roland Fürst (CVP, Gunzgen) für eine konstante und an klaren Kriterien orientierte Förderung erneuerbarer Energien. Diesen Fragen widmet sich auch die vom Regierungsrat in Auftrag gegebene Überarbeitung des Energiekonzepts. (CVA)

## Fronten im Steuerstreit bleiben verhärtet

**Steuerdebatte** Der Regierungsrat lehnt die Senkung des Steuersatzes von 104 auf 94 Prozent erneut ab.

VON STEFAN FRECH

Die Regierungsräte verloren gestern Morgen an ihrer Sitzung nicht viele Worte zum Auftrag der Kantonsratsfraktionen von FDP und CVP/EVP/GLP. Für den Regierungsrat ist es schon lange klar, er hat es schon mehrfach verkündet und er hielt es gestern nochmals schriftlich fest: «Eine Steuersenkung um 10 Prozentpunkte würde zu Einnahmen-

ausfällen von rund 60 Mio. Franken ab 2012 führen. Das kann sich der Kanton Solothurn in der heutigen Ausgangslage nicht leisten.» Er erinnert an die vielen in den letzten Jahren von Kantonsrat und Volk beschlossenen Mehrausgaben (zum Beispiel Ergänzungsleistungen für Familien oder Ausbau der Energiefachstelle) und beantragt dem Kantonsrat, den Auftrag abzulehnen.

Der Vorstoss fordert die Regierung auf, dem Kantonsrat im Dezember ein Budget vorzulegen, das eine Senkung des Steuersatzes für natürliche Personen von 104 auf 94 Prozentpunkte vorsieht. Die negative Antwort der Regierung beeindruckt die

bürgerliche Mehrheit im Kantonsrat nicht gross. «Wir werden in der Budgetdebatte im Dezember eine Steuersenkung um 10 Prozentpunkte beantragen», sagte Roland Fürst, CVP-Kantonsrat und Direktor der Solothurner Handelskammer, gestern im Anschluss an die Regierungsratsitzung auf Anfrage. Auch die SVP stehe hinter diesem Antrag von FDP und CVP.

### «Unselig» und «unverantwortlich»

Finanzdirektor Christian Wanner (FDP) wird nächsten Mittwoch das Budget 2012 der Öffentlichkeit vorstellen. Es ist damit zu rechnen, dass es ein Defizit von rund 100 Mio. Franken aufweist. Beschliesst der Kan-

tonsrat im Dezember noch eine Steuersenkung um 60 Mio. Franken, «dann ist der Kanton in wenigen Jahren so weit wie früher», sagte Wanner an der Regierungssitzung. Der Finanzplan 2012–2015 sieht auch ohne Steuersenkung kumulierte Defizite von 743,8 Mio. Franken vor, die das derzeitige Eigenkapital von 552,3 Mio. «wegfressen». Verbale Unterstützung erhielt Wanner von Walter Straumann (CVP) und Peter Gomm (SP): Sie nannten die Steuerforderung «unselig» und «unverantwortlich». Esther Gassler (FDP) wiederum meinte: «Die Steuersenker haben sich weit zum Fenster hinausgelehnt und können jetzt nicht mehr zurück.»

### Momentaufnahme



Die Marschrichtung der CVP ist klar: Nach links!

BRUNO KISSLING

## Kompromiss bei Umwandlungssatz der Kantonalen Pensionskasse

**Antrag der Verwaltungskommission** Die Kantonale Pensionskasse Solothurn (PKSO) will ihren Umwandlungssatz von heute 6,74 Prozent bei einem Rücktrittsalter von 65 Jahren in vier Schritten bis 2016 auf 6,14 Prozent senken, beginnend ab 1. August 2012. Auf diesen Kompromiss haben sich laut einer Mitteilung der Kasse von gestern Dienstag Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter in der von Finanzdirektor Christian Wanner präsidierten Verwaltungskommission geeinigt.

Der Regierungsrat hatte ursprünglich eine Senkung auf 5,97 Prozent beauftragt, was für die Versicherten ab 2016 Renteneinbussen von 11,4 Prozent zur Folge gehabt hätte (wir berichteten). Grund für die Senkung: Die aktuellen Umwandlungssätze ergeben

wegen der höheren Lebenserwartung und tieferen Marktzinsen Renten, die nicht mehr ausreichend finanziert sind. Die jährlichen Pensionierungsverluste belaufen sich auf über 9 Mio. Franken, Tendenz steigend.

Mit einer ersten Senkung des Umwandlungssatzes erst nach dem 1. August 2012 nimmt die Neuregelung neu Rücksicht auf die Pensionierungen der Lehrer, welche jeweils per Ende Schuljahr und damit im Juli erfolgen. Für die übrigen Angestellten verbleibt laut der PKSO dadurch ebenfalls Zeit, ihren Rücktritt den geänderten Rahmenbedingungen ihrer Altersvorsorge entsprechend zu planen.

Nun entscheidet die Delegiertenversammlung der PKSO über die Senkung. Das letzte Wort hat der Kantonsrat. (SZR)